

Zwischen Wissenschaft und Praxis: Grenzgänger, Schnittstellenmanager oder Vorreiter einer Wissensgesellschaft?

Seit einigen Jahren wird mit Konzepten wie „Wissensgesellschaft,, oder „reflexive Moderne,, ein künftiges Grundprinzip gesellschaftlicher Entwicklung thematisiert, das die Exklusivität von Wissenschaft grundsätzlich in Frage stellt. Wissensproduktion und Wissensmanagement werden danach zur Herausforderung für alle Organisationen, um in einer sich immer schneller wandelnden Umwelt bestehen zu können. Den Hintergrund dieser Konzepte bilden tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, die offenbar zu einer Unsicherheit und zu einem Orientierungsbedarf beitragen und das Bedürfnis nach einem effektiven Umgang mit Wissen erheblich steigern lassen. Die Grenzen zwischen Wissenschaft, Beratung und Wissensmanagement werden damit fließend, was sich besonders in solchen Aktivitäten niederschlägt, die an der Schnittstelle zwischen Forschung und Beratung angesiedelt sind. Mit dieser „Entgrenzung,, stellt sich die Frage nach dem künftigen Selbstverständnis von Wissenschaft. Die folgenden Überlegungen stellen einen Beitrag zur Reflexion dieser Frage dar, wobei von der Tätigkeit in einer an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis angesiedelten Institution und der in diesem Rahmen durchgeführten Projekte ausgegangen wird.

Die Frage nach dem sinnvollen Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis ist ohne Zweifel ein Dauerbrenner, der alle Jahre wieder eine konjunkturelle Blüte erlebt. Vieles ist bereits in den 60er Jahren in Bezug auf die Politikberatung mit der heute noch grundlegenden Unterscheidung zwischen dem technokratischen, dem dezisionistischen und dem pragmatistischen Verständnis von Wissenschaftlern geklärt worden. Die Debatten der folgenden Jahrzehnte haben die unterschiedlichen Funktionsbedingungen des Feldes der Wissenschaft einerseits, der Praxis, also etwa der Politik, der Wirtschaft oder der Kultur, andererseits herausgearbeitet. Die aufgrund der unterschiedlichen Spielregeln dieser Felder fast zwangsläufigen Verständigungsprobleme wurden thematisiert und institutionelle Modelle wissenschaftlicher Politikberatung – insbesondere in Zusammenhang mit der Technikfolgenabschätzung – erarbeitet. Dennoch, die Kommunikations- und Interaktionsprobleme zwischen Wissenschaft und Praxis sind von diesen Debatten weitgehend unberührt geblieben.

Warum sollte sich auch etwas ändern? Offenbar kann die Praxis mit den anhaltenden Kommunikationsstörungen wesentlich besser leben als die Wissenschaft. Ein Gutachten, eine Expertise kann immer noch anregend sein, auch wenn wenig Handlungsleitendes geboten wird - und fast immer läßt sich ein Gutachten steuerlich absetzen. Die Felder der Praxis sind offenbar wesentlich resistenter gegen Interventionen von Außen als die Wissenschaft.

Wissenschaft sieht sich in der Debatte über das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis oft nicht nur durch Interventionen von außen in ihrer Autonomie gefährdet, sie hat sich auch mit der Kritik aus ihren eigenen Reihen auseinandersetzen, etwa wenn der Wissenschaftsrat die zu große Praxisnähe von Forschungsinstituten kritisiert und eine entsprechende Kürzung der Haushaltsmittel empfiehlt. Dies läßt sich auch daran erkennen, daß Schlagworte von der „Verwissenschaftlichung der Politik“, oder einer „wissensbasierten Industrie“, überwiegend positiv besetzt sind, während eine Politisierung von Wissenschaft - nicht nur im wissenschaftlichen Feld selbst - vielfältige Alarmglocken klingeln läßt.

Sicher, die Frage nach dem gesellschaftlichen - und dies heißt heute ohne Zweifel in der Regel mehr als je zuvor nach dem ökonomischen - Nutzen von Wissenschaft hält sich seit einigen Jahren penetrant in der öffentlichen Debatte. Doch große Debatten hierüber, etwa die Diskussion über die „Finalisierung der Wissenschaft“, in den 70er Jahren, also über deren Orientierung an politisch vorgegebenen Fragestellungen, werden heutzutage kaum noch ausgelöst. Statt großer Debatten eher kleinkarierte Streits um die restlichen Mittel oder um nun wohl doch unvermeidbare Evaluierungskriterien oder um die Aussagekraft von Hochschulrankings. Und es entspricht der ökonomisch verkürzten Logik dieser Debatte und auch der entsprechenden Politik, daß die Gesellschaftswissenschaften besonders von diesen Kürzungen betroffen sind.

Interessant an der jüngsten Debatte über das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik ist, daß sie die Gesellschaftswissenschaften – und hierauf beziehen sich die folgenden Überlegungen – in einer Situation trifft, in der ein in dieser Form nicht erwartetes Interesse seitens der Praxis an deren Ergebnissen und Kompetenzen festzustellen ist:

- Industriesoziologen oder Psychologen werden zunehmend als Unternehmensberater angesprochen, vor allem auch in der Funktion als Moderatoren.

- Sprachwissenschaftler und Kulturwissenschaftler sollen Orientierung angesichts der explosiven Verbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und der damit verbundenen Veränderung von Kommunikationsmustern liefern.
- Anthropologen erfahren ein erhöhtes Interesse angesichts der anhaltenden, aber nun zu einem enormen Problem werdenden Verständigungsschwierigkeiten oder gar Sprachlosigkeit im Rahmen interkultureller Kommunikation.
- Politik- und Verwaltungswissenschaftler sind mit ihrer Fähigkeit zur Orientierung und Moderation der nicht mehr aufschiebbaren Reform des öffentlichen Sektors gefragt.

Gleichzeitig mit dieser steigenden Nachfrage wird immer deutlicher, daß technische, soziale, ökologische und wirtschaftliche Probleme zu neuen gesellschaftlichen Konstellationen zusammenwachsen, die sich den traditionell disziplinär segmentierten wissenschaftlichen Zugängen entziehen. Die Gesellschaftswissenschaften haben diese Zusammenhänge schon immer betont, nur sind sie auch darauf vorbereitet, die sich hieraus heute ergebenden praktischen und theoretischen Herausforderungen zu bewältigen?

Nun ist es sicher keinesfalls so, daß diese Herausforderungen ignoriert würden. Sie bilden ein breites Handlungsspektrum etwa für Grenzgänger, die zwischen Wissenschaft und Politik wechseln, Ralf Dahrendorf ist immer noch das bekannteste Beispiel für die erfolgreiche Vereinbarkeit des Agierens in beiden Feldern. Schnittstellenmanager bewegen sich dort, wo sich Wissenschaft und die Felder der Praxis überlappen, leisten Übersetzungsarbeit, beseitigen Kommunikationsstörungen. Und mit der steigenden Nachfrage und Kontinuität wissenschaftlicher Politikberatung läßt sich auch beobachten, daß sich die Beteiligten einander annähern und auch verändern, eine gemeinsame Ebene der Verständigung finden. Aber in allen Fällen handelt es sich um individuelle Strategien. Die grundsätzlichen Problemen des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Praxis bleiben hiervon unberührt.

Allerdings gibt es heute gute Gründe, warum sich Wissenschaft nicht in dieser Situation einrichten sollte und kann, denn es spricht einiges dafür, daß auch die Wissenschaft sich nicht den tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen entziehen kann.

Der Erwerb und die Nutzung von Wissen sind nicht länger eine individuelle Aktivität, sondern spielen sich zunehmend innerhalb von Organisationen ab. Dies stellen Konzepte des Wissens-

managements oder der Wissensgesellschaft in den Vordergrund ihrer Überlegungen. Die sich ständig verändernden Kontextbedingungen zwingen alle Organisationen kontinuierlich dazu, sich zu fragen, ob ihre Strukturen und Strategien noch angemessen sind. Hierauf beziehen sich die Überlegungen zur reflexiven Moderne, Überlegungen, die gerade auch mit dem Selbstverständnis einer am Ideal der Aufklärung orientierten kritischen Gesellschaftswissenschaft kompatibel sein müßten.

Diese Veränderungen beim Erwerb und bei der Nutzung von Wissen haben zur Folge, daß die Beziehung zwischen Wissenschaft und Praxis heute umfangreicher und differenzierter erfolgt als in den 60er und 70er Jahren. Es geht nicht mehr allein um Gutachten, Expertisen und Beratstätigkeit. Wissenschaftliche Beratung nimmt immer häufiger die Form anwendungsorientierter Forschungs- und Gestaltungsprojekte an, wobei die Grenzen zwischen den einzelnen Projekttypen zunehmend fließend werden. Die Organisation, Begleitung und Evaluierung von Modellprojekten, kontinuierliches Programmanagement oder die Suche nach „windows of opportunity“, oder strategischen Hebeln gehören mittlerweile zum Alltagsgeschäft einer wissenschaftlichen Beratung, die sich längst nicht mehr allein auf die Politik als Adressaten richtet.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, kann Wissenschaft nicht weiter in ihren traditionellen Fragmentierungen - in der wachsenden Aufspaltung in Disziplinen und Subdisziplinen, in der offenbar immer noch vorhandenen Grenzen zwischen Grundlagen- und Anwendungsforschung - verharren. Die Wissensgesellschaft oder die reflexive Moderne, wie immer auch die gesellschaftsprägende Reichweite der hiermit angesprochenen Trends zu beurteilen ist, ist auch auf theoretisches und empirisches Wissen angewiesen. Um dieses angemessen zu nutzen, bedarf es aber der Verbindung mit anderen Formen von Wissen: mit strategischem Wissen darüber, welche sich oft nur eine kurze Zeit öffnenden „Fenster“, wie genutzt werden können, mit Wissen darüber, wie implizites Wissen de- und rekontextualisiert werden kann, und vor allem auch mit der Fähigkeit, das vielfältige und verstreute Wissen in einem orientierenden Kontext zu bündeln.

Entzieht sich Wissenschaft dieser auch sie betreffenden Aufgabe zur Reflexion ihrer eigenen Funktion, dann reduziert sie sich, um einen Vergleich aus der Ökonomie heranzuziehen, bestenfalls auf die Rolle des Rohstofflieferanten einer Wissensgesellschaft oder reflexiven Moderne - die unter Wertschöpfungsaspekten interessanteren Funktionen bleiben dann anderen überlassen. Die Wissensgesellschaft nutzt Wissen zunehmend intensiver als zuvor, sie benötigt Wissen und

Formen des Wissensmanagements, um sich in einer turbulenten Umwelt kontinuierlich weiterzuentwickeln. Aber zweifelhaft ist, inwieweit sie dazu auch die Wissenschaft braucht.

Ein Streifzug durch eine zufällig aufgesuchte Seminarbibliothek zeigt, daß die Debatte um das eigene Selbstverständnis in den Gesellschaftswissenschaften eine beachtenswerte Intensität angenommen hat. Um nur einige Beispiele aus den jüngsten Jahrgängen sozialwissenschaftlicher Fachzeitschriften (alle Jahrgang 1998) anzuführen:

- Die Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft hat ein Sonderheft zum Thema „Institution - Gruppe – Individuum: Zur politischen Dimension reflexiver Verfahren,“ herausgegeben, und unter diesem Thema die Diskussion über die „Unzufriedenheit mit dem Stand der Entwicklung der Sozialwissenschaften,“ versteckt.
- The Annals of the American Academy of Political and Social Science stellen unter dem Thema „The Future of the Fact,“ das Selbstverständnis der Wissenschaft angesichts der wachsenden Dominanz der Medien zur Diskussion.
- In einer Sonderausgabe der Foreign Policy wird angesichts der zunehmenden, die Wissenschaft immer wieder überraschenden Umbrüche in der Weltpolitik versucht, eine grundlegende Bestandsaufnahme dessen vorzunehmen, was die Disziplin wirklich über gesellschaftliche Prozesse weiß und zu prognostizieren in der Lage ist.
- Aus einer anderen Perspektive wird diese Frage in dem jüngsten Sonderband der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie nach der „Diagnosefähigkeit der Soziologie,“ gestellt.

Auch wenn derartige Diskussionen oft – wie etwa auch die jüngste Debatte der Industriesozio-
logen über ihr Praxisverständnis – im engen Rahmen der Disziplinen und deren Grundlagen verbleiben, so deuten sie doch auf eine weit verbreitete Irritation und damit möglicherweise auch auf eine Offenheit für tiefergehende Diskussionen über die Rolle von Wissenschaft in einer Wissensgesellschaft oder einer reflexiven Moderne hin.

Als Ausgangspunkt ernst genommen werden sollte die Überlegung von Renate Mayntz, daß gerade in Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs generalisierende Aussagen nicht möglich sind. Forschung habe sich in dieser Situation auf die Entwicklung und Ausarbeitung analytischer Kategorien in einem iterativen Prozeß der Konfrontation mit dem Untersuchungsgegenstand und

der Erzeugung hypothetischer Erklärungen zu konzentrieren. Diese Überlegung impliziert auch, daß Grundlagen- und Anwendungsforschung nicht als getrennte Aktivitäten organisiert und durchgeführt werden sollten, sondern als kontinuierlicher Rückkopplungsprozeß, wie er auch im Rahmen der Innovationsforschung schon seit einigen Jahren analysiert wurde.

Diese Bedeutung der Anwendungsforschung für die Theoriebildung läßt sich am Beispiel der Umstrukturierung von Unternehmen oder der Herausbildung der Regionalisierung als neue, räumliche Form von Politik bilden. Neue Entwicklungen haben sich hier in der Praxis herausgebildet, zum Teil initiiert und moderiert durch Unternehmensberater oder einzelne Wissenschaftler, und dann durch systematische Reflexion einen großen Teil der theoretischen Diskussion geprägt, die sich auf die zunehmende Bedeutung von Netzwerken als politisches und wirtschaftliches Steuerungsprinzip bezieht.

Will die Grundlagenforschung nicht einer zunehmend reflexiven Praxis dauerhaft nachhinken, so ist unter den Bedingungen struktureller gesellschaftlicher Veränderungen ein enger Bezug zur Praxis unabdingbar. Erstens ermöglichen anwendungsbezogene Projekte, in der Regel im Auftrag von oder in Kooperation mit im jeweiligen Praxisfeld verankerten Institutionen durchgeführt, einen deutlich besseren Datenzugang als Projekte der Grundlagenforschung. Dies ist jedenfalls eine Erfahrung, die im Rahmen verschiedener Projekte über die Reorganisation von Unternehmen und Regionen gewonnen werden konnte.

Datenzugangsprobleme sind zweitens deshalb keineswegs banal, weil es hierbei immer auch um analytische Kategorien geht. Neue analytische Kategorien wie soziale Netzwerke oder Produktionscluster bilden in ihren informellen Elementen und ihren fließenden Grenzen empirisch nur schwer zu fassende Konstrukte, die sich den Abgrenzungen statistischer Quellen, etwa Branchenstatistiken, entziehen. Die für wissenschaftliche Forschung notwendigen Daten müssen in vielen Feldern erst – unter Umständen in ständiger Rückkopplung mit der Praxis - erhoben oder konstruiert werden.

Es liegt auf der Hand, daß es sich hierbei um einen sehr aufwendigen Prozeß handelt, der drittens ein angemessenes Verständnis von Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis benötigt, wie es in den 60er Jahren als pragmatistisches Modell der Politikberatung konzipiert wurde. Der Anspruch an die gemeinsame Kommunikation geht heute allerdings wesentlich weiter als

seinerzeit formuliert. Es geht nicht allein um die Kommunikation über eine gemeinsame Wertebasis, sondern zunächst einmal um eine gemeinsame Orientierung als Basis jeder weiteren sinnvollen Zusammenarbeit. Wenn etwa in der Debatte über die Beziehung zwischen Regionalisierung und Globalisierung die Aussagen, daß die Regionen als wirtschaftliche Räume pulverisiert würden, oder, auf der anderen Seite, daß die Regionen in den kommenden Jahren die innovativen Zentren und damit dominierenden Einheiten einer globalen Ökonomie bilden werden, unverbunden nebeneinander stehen, dann ist jedes anwendungsbezogene Projekt in diesem Themenbereich darauf angewiesen, im Gespräch zwischen Wissenschaft und Praxis eine gemeinsame Sicht der Realität bzw. von deren Veränderungen zu konstruieren, und damit ist immer auch die Frage nach den analytischen Kriterien und deren theoretischen Implikationen angesprochen.

Hierbei geht es keineswegs darum, die unterschiedlichen Zugänge zu „verschmelzen,“. Im Gegenteil: Nur wenn die jeweils spezifischen Zugänge – und damit auch die Interessen – klar sind, ist eine gemeinsame Diskussion sinnvoll zu gestalten.

- Was muß ich wissen, um verantwortungsbewußt handeln zu können?
- Was muß ich wissen, um theoretisch fundierte Trends und deren Alternativen herausarbeiten zu können?
- Und, bei aller Begrenztheit von generalisierenden Aussagen, was muß ich wissen, um verantwortungsbewußt theoretisch fundierte Empfehlungen abzugeben?

Dies sind zentrale Fragen, die keiner der beteiligten Akteure mehr allein für sich beantworten kann, und es ist erstaunlich, wie viele anwendungsbezogene Forschungsprojekte im Verlauf der Durchführung in Schwierigkeiten geraten – oder unzufriedene Kunden wie auch „graue,“ Theorie produzieren – weil sie diese Fragen zu Projektbeginn nicht klar beantwortet, oft nicht einmal gestellt haben.

Für die beteiligten Wissenschaftler setzt ein derartiger Diskurs mit Praktikern voraus, sich zunächst einmal die eigenen Kompetenzen und damit auch deren Grenzen vor Augen zu halten. Diese Grenzen beziehen sich zum einen auf den begrenzten Blickwinkel der eigenen Disziplin und damit verbunden auf die Notwendigkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit, eine Forderung, die angesichts der damit verbundenen Probleme ebenso oft formuliert wie selten praktiziert wird.

Sie beziehen sich zum anderen auf die sinnvolle Rolle der Wissenschaftler in einem anwendungsorientierten Projekt.

So hat ein Wissenschaftler im Rahmen seiner beruflichen Sozialisation gelernt, sich seine subjektiven Normen und Interessen bewußt zu machen und davon zu abstrahieren, zumindest sollte dies der Fall sein. Die damit verbundene Kompetenz der „Neutralität“, darf aber nicht mit der Kompetenz verwechselt werden, im Rahmen von anwendungsorientierten Projekten ohne weiteres auch kompetent zu sein, eine oft konflikthafte Kommunikation zu moderieren oder neutraler Agent im Rahmen eines Mediationsverfahrens zu sein.

Unter diesen Bedingungen, dies sollte deutlich geworden sein, wird die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Praxis zu einer Aufgabe, die keineswegs individuellen Lösungs- oder Anpassungsstrategien überlassen werden sollte, gerade auch dann, wenn die aus dieser Beziehung resultierenden Potentiale auch für die theoretische Weiterentwicklung genutzt werden soll. Es bedarf institutionalisierter Lösungen der Zusammenarbeit wie auch der Selbstreflexion. Es entspricht der Grenzsituation anwendungsorientierter Projekte, daß Selbstreflexion immer in zwei Richtungen zu erfolgen hat. Selbstreflexion bezieht sich zum einen auf Verfahren der Supervision, um ein anwendungsorientiertes Projekt eben nicht allein als wissenschaftliches Projekt, sondern auch als gestaltendes Projekt durchzuführen. Selbstreflexion bezieht sich zum anderen auch auf den grundlagenwissenschaftlichen Aspekt und die theoretische Reflexion.

Letzteres ist besonders deshalb notwendig, weil anwendungsorientierte Projekte in der Regel mit dem Einzelfall befaßt sind. Die Ergebnisse dieser Einzelfälle werden dann häufig generalisiert und so als Theoriebildung deklariert. Ein großer Teil der oben am Beispiel der Frage nach der Bedeutung von Regionen in einem globalen Kontext illustrierten Differenzen resultiert aus derartig vorschnellen Generalisierungen von Einzelfällen. Wenn statt dessen ein systematischer Bezug auf die theoretische Weiterentwicklung stattfinden soll, dann muß aber auch die Frage gestellt werden, welche Formen der Theoriebildung dem Gegenstand und dessen Veränderung angemessenen sind. Hier würde es sich lohnen, stärker als bisher über die Sinnhaftigkeit einer theoretisch fundierten Analyse sozialer Prozesse (in Verbindung etwa mit vergleichenden Methoden) mit ihrer Eigendynamik und strukturierenden Elementen, ihren Kontexten aber auch mit ihren Freiräumen nachzudenken, die sich in der Praxis als „windows of opportunity“, erweisen

können. Um dies zu realisieren, bedarf es nicht allein einer pragmatistischen Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft und Praxis, sondern auch zwischen den unterschiedlichen Feldern der Wissenschaft.

Literatur

Beck, Ulrich/Gidens, Anthony /Lash, Scott, 1997

Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt/Main.

Bourdieu, Pierre, 1998

Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz .

Lompe, Klaus, 1966

Wissenschaftliche Beratung der Politik. Göttingen.

Mayntz, Renate, 1997

Soziale Dynamik und politische Steuerung. Frankfurt/Main und New York.

Rehfeld, Dieter, 1999

Innovative Räume. In: Brödner, Peter/Helmstädter, Ernst/Widmaier, Brigitta (Hg.): Innovationsfähigkeit. Wissen und Lernen (Arbeitstitel). München und Mering (i.E.).

Rehfeld, Dieter/Wompel, Mag, 1999

Standort mit Zukunftsprofil. Innovationschwerpunkte in Dortmund. Gutachten im Auftrag der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Dortmund (Graue Reihe des IAT).